

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Nationale Rekordziffern - regionale Depression

Obwohl im Frühjahr 1956 in der Gesamtwirtschaft der USA nahezu Rekordziffern der Produktion und der Beschäftigung vorlagen, berichteten 23 von den insgesamt 149 Hauptarbeits-Regionen sowie 65 kleinere über Arbeitslosenquoten, die 6 vH überschritten. 16 Hauptarbeitsmarkt-Regionen standen zwei Jahre oder mehr auf dieser Liste; in einigen überschritt die Arbeitslosenquote 9 vH und sogar 12 vH. Sieben standen seit 1951, dem Jahre des Beginns der Erhebungen, beständig auf der Liste. Zusätzlich kann vielleicht die Hälfte der kleineren Arbeitsmarkt-Regionen als chronisch in Depression befindlich bezeichnet werden. Nicht wenige der unterbeschäftigten Gebiete besitzen Zentren mit größerer Bevölkerung. Beispielsweise haben die Städte Terre Haute 64 000, Lawrence 80 000, Scranton 125 000, Duluth-Superior 140 000 und Providence 248 000 Einwohner.

Im Gegensatz zu derzeitigen westdeutschen Verhältnissen besitzen jene Regionen voll entwickelte Städte mit modernen Häusern, Kirchen, Schulen, Krankenhäusern und andere für eine städtische Lebensweise erforderliche Einrichtungen. Dort sind also bereits etablierte Schwerpunkte vorhanden, die bei uns etwa im Westerwald, im Hunsrück, in Schleswig-Holstein und in bestimmten Teilen Bayerns fehlen. In den USA liegt die entsprechende Problematik anscheinend zumeist in einer *Wiederentwicklung*, bei uns dagegen in einer *Neuentwicklung*. Aber bei uns und dort leben in jenen Gebieten Menschen, die zumeist nachhaltige Bindungen an die heimatische Region besitzen. Nicht zuletzt auch aus materiellen Gründen kann man diesen Menschen nicht einfach sagen: Nimm dein Bündel, deine Familie und wandere dorthin, wo du größere Chancen hast, Arbeit zu finden.

In zahlreichen Fällen wurde die regionale Depression dadurch verursacht, daß Firmen und Industrien abwanderten und einen neuen Standort wählten. Die amerikanischen Gewerkschaften haben festgestellt, daß der Standortwechsel nicht auf Grund normaler wirtschaftlicher Kalkulation erfolgt ist, sondern im Hinblick auf besondere finanzielle Anreize, die am neuen Standort vorlagen. Die finanziellen Subsidenzen wurden in der Form von kostenlosen Fabrikgebäuden oder Betriebsausrüstungen angeboten, oder es wurden Steuerbefreiungen, geringere Preise für öffentliche Dienstleistungen gewährt. Natürlich ist das kein schlechtes Geschäft, wenn jemand etwa ein Fabrikgebäude verkauft und anderenorts ein neues geschenkt erhält. Hinzu ka-

men das Vorliegen niedrigerer Löhne, das Vorhandensein offener Feindschaft gegenüber den Gewerkschaften sowie ein niedrigerer Standard der Arbeitsgesetzgebung. Die amerikanischen Gewerkschaften haben daher eine bundesgesetzliche Regelung verlangt, die der standortpolitischen Seeräuberei Einhalt gebieten soll. Der amerikanische Gewerkschafter *Rothmann* sagte in einer Rede vor einer europäischen Studiengruppe in New York, daß das Management bei Standortwechseln keine Rücksicht auf das Allgemeinwohl nehme. Die Abwanderungen beschränkten sich nicht nur auf Leichtindustrien. Innerhalb von zwei Jahren hätten sieben Stahlwerke ihren Standort im Staate New York verlassen. Die Handelskammern wären bei dem Versuch, die Dinge zu verbessern, erfolglos gewesen; sie hätten die Gewerkschaften um Mitarbeit gebeten. Beide arbeiten nunmehr gemeinsam an einem Plan, der die Verbesserung des Verkehrswesens, des Wohnungsbaues sowie der Heranziehung neuer Betriebe bezweckt.

In den USA wurden *örtlich* energische Anstrengungen unternommen, um die Situation zu verbessern, beispielsweise in Hazelton und Utica, wo auch die örtlichen Gewerkschaften tatkräftig mitwirkten. Während die Anstrengungen stets zu Hause beginnen müssen, ist alleinigen lokalen Bemühungen aber oft kein ausreichender Erfolg beschieden. Die Erfahrung lehrt, daß mehr als eine örtliche Aktivität erforderlich ist. Mehrere Jahre hindurch haben Zeitungen und Magazine örtliche Anstrengungen als ausreichendes Mittel angepriesen, bestehende Unterbeschäftigung zu beseitigen. Ende 1955 stimmte auch das Wall Street Journal in diesen Chor ein. Während mehrerer Jahre sind die lokalen Bemühungen um die Wiederentwicklung, beispielsweise von Lowell, Lawrence, Scranton, Altoona und Wilkes-Barre, publizistisch mit am stärksten gelobt und als beispielhaft hingestellt worden. Aber selbst 1955, in einem Jahre gesamtwirtschaftlicher Prosperität, sind jene Gemeinden nach wie vor auf der Liste hoher Arbeitslosigkeit erschienen.

Was kann eine Stadt allein tun, deren Industrie zu etwa 50 vH als Zulieferer für die Automobilindustrie tätig ist, wenn letztere die Produktion einschränkt und einige hunderttausend Arbeiter entläßt? Die lokale Maßnahme kann in dem Versuch bestehen, über die Heranziehung von Industriebetrieben, die andere Produkte erzeugen, eine Strukturveränderung herbeizuführen. Das ist aber ein langfristiger Prozeß, dessen volkswirtschaftliche Auswirkungen überdies vorher zu prüfen wären. Neben notwendigen lokalen Bemühungen bedarf es zusätzlich wohl zumeist wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Ein großer Teil der Bevölkerung glaubt nicht mehr daran, daß die Wirtschaftstätigkeit zwangsläufig um einen „normalen“ Trend oszillieren und daß jeder Prosperität unausweichbar

eine Depression folgen müsse. Es scheint, daß die beiden großen politischen Parteien der USA zu Schritten entschlossen sind, den wirtschaftlich darniederliegenden Regionen mittels eines nationalen Hilfsprogramms zu helfen.

Im Juli 1955 wurde im Kongreß die sogenannte Douglas-Bill eingebracht. Diese sieht eine Administration der in Depression befindlichen Gebiete (Depressed Areas Administration) nebst einem Beratungs-Gremium vor, dem die Leiter des öffentlichen Straßenwesens, des Erziehungswesens, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Chef-Ingenieur der Armee, der Leiter der Forstverwaltung sowie Vertreter der Wohnungsbau-Verwaltung, des Innenministeriums, des Arbeitsministeriums, des Postministeriums, der Direktor des Wehrersatzwesens (Defense Mobilization) und der Vorsitzende der Atomenergie-Kommission angehören. In Depression befindliche Gemeinden sollen örtliche Industrie-Entwicklungs-Komitees bilden, die Pläne und Kostenvoranschläge für die Errichtung von Industriebauten und anderen Einrichtungen ausarbeiten sollen zu dem Zwecke, neue Betriebe heranzuziehen. Die Komitees sollen ferner um die Unterstützung örtlicher Bürger sowie privater und öffentlicher Kreditinstitutionen zur Finanzierung derartiger Konstruktionen werben.

Ergibt eine Prüfung der Pläne des Komitees durch die „Administration“ unter anderem, daß die Vorschläge zur Errichtung von Betrieben vernünftig sind und örtliche Hilfsmittel zur Verwirklichung nicht ausreichen, können besondere Anleihen oder Bürgschaften in Anspruch genommen werden. Hierfür wird ein Fonds von 100 Millionen Dollar vorgeschlagen. Die Laufzeit der Kredite wird auf 40 Jahre festgesetzt, die Höhe soll 66% vH der Baukosten je Projekt nicht überschreiten. Die besonders zu schaffende „Administration“ soll von sich aus Vorschläge für die Schaffung öffentlicher Einrichtungen machen können, wofür 100 Millionen Dollar bereitzustellen sind.

Die Gesamtsumme von maximal 200 Millionen Dollar soll aufgebracht werden können, indem die „Administration“ das Recht erhält, Obligationen herauszugeben, die vom Finanzminister gekauft werden müssen.

Später wurde vom Senator *Smith* ein „Area Assistance Act of 1956“ eingebracht. Dieser „Akt“ sieht keine besondere Verwaltung sowie maximal nur 50 Millionen Dollar für Kredite und Bürgschaften vor mit einer maximalen Laufzeit von 20 Jahren. Die Kostenbeteiligung soll nur mit 25 vH des jeweiligen Projekts gesehen. „

In Westdeutschland täte man gut daran, die Douglas-Bill eingehend zu studieren. Dabei — und bei einer modifizierten etwaigen Anwendung — sollte man sich weniger auf Leute verlassen, die als Richter ausgebildet sind und dann in der Verwaltung so ungefähr alle Dinge, die es überhaupt gibt, nicht nur entscheiden sollen,

sondern auch tatsächlich entscheiden. Dieser hinterwäldlerische Zustand steht in diametralem Gegensatz zur technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Wie lange soll es noch dauern, daß Ingenieure, Ökonomen, Sozialwirte usw. gegenüber einer angeblich allwissenden und allbeherrschenden „höheren“ Laufbahn der Verwaltung in die Rolle von wissenschaftlichen Hilfsarbeitern versetzt werden dürfen? Man kann niemals Klavierspielen lernen, wenn man nur Bücher darüber liest.

Auch aus anderen Gründen wird man in den USA betrieblichen Standortfragen erhöhte Aufmerksamkeit schenken. So forderte im Juni 1956 eine Gruppe von Wissenschaftlern eine Dezentralisierung der Industrie. Sie sagten, für einen solchen Zweck ausgegebenes Geld ergäbe bessere Ergebnisse für die Verteidigung als viele Geldausgaben für die Anschaffung rein militärischer Waffen.

Die Erfahrungen zeigen, daß die Kriterien für die betriebliche Standortwahl historisch bedingt sind. Einen Atomreaktor etwa braucht man nicht auf Uranfelder zu setzen. Auch die Kreislaufstörungen in den Ballungszentren, steigende Zuwachsraten der Kosten für die Bewältigung von Verkehrs-, Wasser-, Luft-, Wohnungs- und anderer Versorgungsprobleme sind unter anderem dazu angetan, auch in Westdeutschland die Standorte in Bewegung zu bringen. In der gleichen Richtung könnten auch die Automation sowie technologische Veränderungen wirken.

Im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen sollten die deutschen Gewerkschaften den Fragen der Standortpolitik und der Raumordnung rechtzeitig nachhaltige Aufmerksamkeit widmen. Den Arbeitnehmern kann es nicht gleichgültig sein, wie die Standortwahl betrieben wird. Es bestehen bereits Institute für Marktforschung, für Konsumforschung, für Werbung usw. Ein umfangreiches Arsenal von Praktiken und wissenschaftlichen Methoden ist zum Zweck der Markttransparenz wie zur Marktbeeinflussung geschaffen worden. Ebenso wie die Wirtschaft z. B. sich auf dem Gebiet der Marktforschung „verwissenschaftlicht“ hat, sollte analog zu dem Streben nach Markttransparenz auch für eine entsprechende Transparenz der Daten für Standortentscheidungen gesorgt werden (*Erich Dittrich*). Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit der Ausarbeitung entsprechender Unterlagen bald begonnen wird. Dabei sollten die Gewerkschaften beteiligt werden. Die Unternehmer sind in der Wahl des Standorts frei. Könnten aber die zu schaffenden Unterlagen nicht auch ein Mittel sein, über eine rationale Verteilung der Kredite aus öffentlichen Mitteln eine vernünftiger und wirksamere Standortbeeinflussung zu betreiben als in den vergangenen Jahren? Ein solches Vorgehen dürfte den Vorteil besitzen, unter den derzeitigen Verhältnissen realisierbar zu sein.

Dr. Ewald Jansen